

Debatte im Landtag

+ Nach CSD-Angriffen: Was tun gegen Queerfeindlichkeit in Niedersachsen?



Feedback



Artikel anhören • 2 Minuten

Wie können queere Menschen vor Gewalt, Übergriffen und Anfeindungen besser geschützt werden? Darüber diskutiert der Landtag in Niedersachsen. Das Queere Netzwerk Niedersachsen fordert konkrete Maßnahmen.



Elisabeth Woldt
23.06.2023, 18:33 Uhr



Hannover. Nach dem Angriff auf zwei junge Teilnehmende beim Christopher-Street-Day (CSD) in Hannover ist die Debatte um Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit auch im niedersächsischen Landtag angekommen. „Solche Vorfälle verdeutlichen die Notwendigkeit, sich weiterhin gegen Queerfeindlichkeit stark zu machen“, sagt der SPD-Abgeordnete Marten Gäde in der Debatte zum Thema. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag wollten SPD und Grüne zeigen, dass Gewalt gegen LGBTGIA*-Personen in Niedersachsen keinen Platz hat.

„Klar ist: Jeden Tag werden queere Menschen in Deutschland beleidigt, angegriffen und attackiert. Damit dürfen und damit werden wir uns nicht abfinden“, so Gäde. Ziel des Landtags müsse es sein, Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken und queere Menschen vor Gewalt, Übergriffen und Anfeindungen zu schützen sowie Opfer besser zu unterstützen.

Was folgt auf die Angriffe am Christopher-Street-Day in Hannover?

Beim CSD Ende Mai waren ein Transjugendlicher im Alter von 17 Jahren und eine 18-jährige nicht-binäre Person [Opfer von Beleidigungen, Körperverletzung und Diebstahls geworden](#). Auch insgesamt haben Angriffe und Gewalttaten gegen queere Personen in den vergangenen Jahren zugenommen.

Die CDU-Fraktion im Landtag zeigte grundsätzlich Bereitschaft, sich dem Problem zu stellen und Lösungen zu diskutieren, schloss sich dem Antrag von SPD und Grünen jedoch nicht an. Dieser wurde von AfD und CDU an den Sozialausschuss verwiesen und wird dort weiter beraten.

Lesen Sie auch

- [CSD in Hannover: Opfer von queerfeindlichem Angriff spricht über Tat](#)
- [Tritte gegen den Kopf: Männer attackieren zwei junge CSD-Teilnehmende](#)
- [Von LGBTQIA* bis nicht-binär: Was bedeutet was?](#)
- [Skepsis beim Selbstbestimmungsgesetz: Niedersachsens Justizministerin für Äußerungen in der Kritik](#)

Feedback

Konkrete Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit gefordert

Das Queere Netzwerk Niedersachsen (QNN) begrüßte den Antrag im Landtag, kritisiert jedoch, dass keinerlei Forderungen nach konkreten Maßnahmen enthalten sind. „Solidaritätsbekundungen und das symbolische Hissen von Regenbogenfahnen vor den Ministerien reichen nicht mehr aus. Wir brauchen konkrete Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit in diesem Land“, sagt Vorständin Franziska Fahl.

Bereits vor der Landtagswahl hatte das Netzwerk den Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Anlauf- und Beratungsstelle für die Opfer queerfeindlicher Gewalt in Niedersachsen gefordert. „Queerfeindlichkeit ist nicht nur ein Problem auf Großveranstaltungen wie den CSDs, sondern prägt den Alltag vieler queerer Personen“, betont QNN Geschäftsführer Nico Kerski. Das geschätzte Dunkelfeld nicht angezeigter Vorfälle sei mit bis zu 90 Prozent erschreckend hoch.